



## **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für  
Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung am  
23.03.2021**

***öffentlich***

---

**Ort:** Videokonferenz

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 19:11 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnehmerverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Yvonne Winkler	Ausschussvorsitzende, Fraktion MitBürger & Die PARTEI
Dr. Bodo Meerheim	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale), Teilnahme bis 18:53 Uhr
Thomas Schied	Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
Johannes Streckenbach	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Dennis Helmich	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Beate Thomann	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Andreas Heinrich	AfD-Stadtratsfraktion Halle
Sören Steinke	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale), Vertreter für Herrn Senius
Torsten Schaper	Fraktion Freie Demokraten im Stadtrat von Halle (Saale), Teilnahme bis 18:43 Uhr
Markus Heinemann	Sachkundiger Einwohner
Jana Kozyk	Sachkundige Einwohnerin
Christian Moser	sachkundiger Einwohner
Dirk Neumann	Sachkundiger Einwohner
Claudia Rohrbach	Sachkundige Einwohnerin
Lorenz Elias Schleyer	Sachkundiger Einwohner
Ernst Josef Peter Dehn	Sachkundiger Einwohner
Prof. Dr. Dr. h.c. Hans-Joachim Solms	Sachkundiger Einwohner, Teilnahme bis 18:36 Uhr

### **Verwaltung**

Dr. Bernd Wiegand	Oberbürgermeister
Sabine Ernst	Leiterin Büro des Oberbürgermeisters
Olaf Ungefroren	stellv. Leiter des Fachbereiches Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung
Manuela Hinniger	Referentin für Wirtschaft
Sarah Lange	Protokollführerin

### **Gäste**

Christian Däschler	Geschäftsführer, däschler architekten & ingenieure gmbh
Tobias Schallert	Geschäftsführer Ankauf & Entwicklung, tempus24 GmbH & Co. KG
Mark Lange	Geschäftsführer Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH

## **Entschuldigt fehlten:**

Christoph Bernstiel	CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Kay Senius	SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Dr. Martin Ernst	Fraktion Hauptsache Halle
Nikolas Schröder	Sachkundiger Einwohner

zu **Einwohnerfragestunde**

---

zu **Herr Thomas zu Corona**

---

**Frau Winkler** las die eingereichte schriftliche Anfrage von Herrn Thomas vor:

Die Bundesregierung hat ihren verdammten Verstand verloren. Florida und Kalifornien sind ähnliche Staaten. Seit September ist Florida wieder komplett offen: Schulen, Restaurants, Kinos, Konzerte und ohne Maskenzwang. Kalifornien ist in einem harten, autoritären Lockdown geblieben. Die Ergebnisse: In Florida herrscht ein normales Leben und es gab keine negativen Folgen. Kalifornien hingegen hat keine Verbesserung erfahren und steht etwas schlechter da als Florida. Ähnliche Vergleiche gibt es auf der ganzen Welt. Wir wissen, dass die Merkel-Regierung die Panik mit der völlig diskreditierten "Inzidenzzahl", die auf dem betrügerischen Einsatz des PCR-Tests beruht, fortsetzen will. Eine Schlagzeile von heute: "Die neueste Verlängerung des Lockdowns bedeutet für viele Unternehmen das sichere Ende ihrer Existenz". Merkels Methode scheint sich an dem bekannten Spruch zu orientieren: "Wir mussten das Dorf zerstören, um es zu retten." Was ist der Sinn einer Politik, die am Ende mehr dauerhaftes Elend, Tod und soziale und finanzielle Zerstörung verursachen wird, als es ein Virus je könnte? Das sollten Sie wissen, denn diese Politik ist Teil des Great Reset. Haben Sie das Buch von Klaus Schwab "COVID-19: Der Große Umbruch" gelesen und seinen Reden zugehört? Das Ziel des Großen Umbruchs ist es, eine weltweit kontrollierte Wirtschaft zu schaffen, die von den größten internationalen Firmen kontrolliert wird. Das alles ist kein Geheimnis. Und Bundeskanzlerin Merkel ist bei dem ganzen globalen Great Reset mit an Bord. Und unser Oberbürgermeister ist derzeit mit an Bord für diese Zerstörung. Und unser Stadtrat auch. Denken Sie über die Ironie nach: Der Stadtrat einer ostdeutschen Stadt ist an Bord für eine weltweite zentral geplante Kontrollwirtschaft. Der Name dieses Gremiums ist Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung. Wenn irgendjemandem hier die Wissenschaft, die Wirtschaft oder die Stadtentwicklung am Herzen liegt, dann wird er sich über die wissenschaftliche Realität dieser zerstörerischen Lockdowns informieren und aufstehen und ein Ende dieser Lockdowns fordern. Sie werden herausfinden, wie sich Halle von der zerstörerischen und nicht nachhaltigen zentralistischen Wirtschaftspolitik von Kanzlerin Merkel, Klaus Schwab und The Great Reset lösen kann. Die Informationen, die Sie brauchen, sind verfügbar. Die Wahrheit ist da draußen. Haben Sie den Wunsch, Ihre Familien und Ihre Gemeinschaft zu schützen? Haben Sie Mitgefühl und Sympathie für die Kleinunternehmer, deren Leben ruiniert wurde, und für die Arbeiter, die ihre Jobs und Einkommen verloren haben und deren Familien leiden? Meine Frage an die Verwaltung und an die Mitglieder dieses Ausschusses lautet NICHT: Werden Sie den Lockdown beenden? Meine Frage ist: Haben Sie das Mitgefühl für unsere Stadt und ihre Bewohner, um endlich hinauszugehen und sich über die Realität dieser zerstörerischen Lockdowns zu informieren? Um es noch einmal klar zu sagen: Ich frage Sie jetzt NICHT nach Ihren Begründungen für die Lockdowns und auch NICHT nach den Gründen, warum Sie angesichts dieser Zerstörung willentlich passiv geblieben sind und freiwillige Knechtschaft akzeptiert haben. Ich frage nur: Werden Sie jetzt rausgehen und sich über die bekannten, bewiesenen, wissenschaftlichen Fakten über die Lockdowns und die Planwirtschaft von Merkels und Schwabs Great Reset informieren und sich eines Gremiums würdig machen, das die Wörter "Wissenschaft" und "Wirtschaft" in seinem Titel trägt?

**Frau Ernst** antwortete, dass sich der Ausschuss seit Monaten intensiv mit den Auswirkungen der Pandemie beschäftigt und versucht die Einschränkungen, die mit den Eindämmungsverordnungen verbunden sind, mit deren Möglichkeiten abzumildern.

**Frau Winkler** laß die Folgefrage vor:

Werden Sie, die Stadtverwaltung und dieser Ausschuss, nächster Monat über Ihre Ergebnisse berichten?

**Frau Ernst** bejahte dies.

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wurde von **Frau Winkler** eröffnet. Sie stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, sodass **Frau Winkler** um Abstimmung der geänderten Tagesordnung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende geänderte Tagesordnung festgestellt:

3. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2021
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“  
Vorlage: VII/2021/02334
  - 4.2. Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie  
Vorlage: VII/2021/02383
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
  - 5.1. Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Aussetzung des Vorhabens einer weitestgehend autofreien Altstadt  
Vorlage: VII/2020/01867
  - 5.2. Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachleben  
Vorlage: VII/2021/02262
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen

- 7.1. Online-Markt Halle (Saale) – aktueller Sachstand
- 7.2. Wohncampus Halle/Saale – Projektvorstellung
- 7.3. Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH – Umsetzung des Tourismuskonzeptes
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

**zu 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 23.02.2021**

---

Es gab keine Anmerkungen zur öffentlichen Niederschrift vom 23. Februar 2020, diese wurde durch die Ausschussmitglieder bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: bestätigt**

**zu 4 Beschlussvorlagen**

---

**zu 4.1 Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“  
Vorlage: VII/2021/02334**

---

**Frau Hinniger** führte in die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

**Heer Dr. Meerheim** bat um die Erläuterung der Schwerpunktmaßnahmen und das jeweilig angesetzte Budget pro Maßnahme.

**Frau Hinniger** sicherte eine Zusendung der Unterlagen bis zum Stadtrat zu.

**Herr Schied** äußerte seine Bedenken über die nur grob und allgemein formulierten Inhalte. Er fragte nach den genauen örtlichen Herausforderungen und Stärken und bat um Übersendung der eingereichten Bewerbung. Des Weiteren sagte er, dass sich die Leitlinien für Smart Cities nicht in der Beschlussvorlage wiederfinden.

**Frau Hinniger** antwortete, dass sich das Projekt in der strategischen Phase befindet und darin die Ideenskizze (Modellquartierfindung) erfolgt. Die Ausgestaltung anhand der Leitlinien erfolgt innerhalb des ersten Jahres. Die Bewerbung wurde über ein digitales Portal eingereicht.

**Herr Schied** fragte nach der Begründung, weshalb Halle-Ost als Startpunkt gewählt wurde.

**Frau Hinniger** antwortete, dass der Fokus auf der Arbeitsplatzsicherung und -beschaffung liegt. Im halleschen Osten befindet sich ein abgegrenztes Quartier, welches dazu viele Potenzialflächen bietet.

**Herr Heinemann** fragte, welche Fachbereiche an Bearbeitung des Konzepts beteiligt waren.  
Er bat um Zusendung der Bewerbungsunterlagen.

**Frau Hinniger** antwortete, dass vor allem der Geschäftsbereich II, neben der restlichen Stadtverwaltung und externe Verbundpartnern, an der Bearbeitung des Konzeptes mitgewirkt haben. Sie sicherte eine Prüfung zur Bereitstellung der Bewerbungsunterlagen zu.

**Frau Thomann** bat um Erläuterung des Begriffs smarte Mobilität und fragte, ob es schon konkrete Projekte gibt.

**Frau Hinniger** antwortete, dass man unter smarte Mobilität ein smart gesteuertes Verkehrsleitsystem für den Individualverkehr und den ÖPNV versteht. Die zweite Frage verneinte sie.

**Herr Streckenbach** gab zu bedenken, dass der Praxisbezug in der Beschlussvorlage zu kurz kommt. Er fragte, ob die Fördermittel auch für das RAW-Gelände mitgenutzt und ob die Fördergelder auch für die Instandsetzung von Gemeindestraßen (z.B. intelligente Beleuchtungssysteme) verwendet werden können. Des Weiteren fragte er, ob die Fördermittel kompatibel mit den Strukturhilfegeldern bezüglich des RAW-Geländes sind. Er schloss sich den Vorredner/innen an und bat bis zur Stadtratssitzung eine Auflistung der Schwerpunktmaßnahmen bereitzustellen.

**Frau Hinniger** antwortete, dass das Thema intelligente und smarte Beleuchtung in der Bewerbung inkludiert wurde. Das Bundesprogramm ist mit der Entwicklung des RAW-Geländes kompatibel.

**Herr Dehn** schlug vor, diesen Beschluss dem Stadtrat zu empfehlen, damit die Chance auf ein solches Projekt genutzt wird, und gleichzeitig die Stadtverwaltung zu bitten, dass sich dieser Ausschuss nochmal intensiv mit diesem Thema beschäftigt.

**Herr Schied** kritisierte die kurzfristige Einbringung der Beschlussvorlage und dass es zeitlich keine weitere Möglichkeit zur inhaltlichen Auseinandersetzung gibt. Er sagte, dass das eine Missachtung des Stadtrates ist.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** sagte, dass die Verwaltung nicht auf Provokationen reagiert. Er betonte, dass die Stadtverwaltung die Möglichkeit ergriffen hat, sich kurzfristig zu bewerben.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Beschlussvorlage.

**zu 4.1 Bewerbung der Stadt Halle (Saale) zur dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“  
Vorlage: VII/2021/02334**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**zugestimmt nach Änderungen**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen  
und Stadträte:**

**zugestimmt nach Änderungen**

**Beschlussempfehlung:**

- 1) Die Stadt Halle (Saale) beteiligt sich an der dritten Staffel des Bundesprogramms „Modellprojekte Smart Cities“. Folgende Verfahrensweisen werden dazu berücksichtigt:

- a) Stadtentwicklung und Digitalisierung werden gemeinsam mit der Öffentlichkeit in einem partizipativen Verfahren diskutiert und gestaltet.
  - b) Die Stadt wird einen strategischen Ansatz verfolgen, im Sinne der „Smart City Charta“ der Nationalen Dialogplattform „Smart Cities“.
  - c) „Smart City“ wird nicht als sektorales Projekt verstanden, sondern die räumliche und gesellschaftliche Wirkung der Digitalisierung fachübergreifend betrachten.
- 2) Die Stadt Halle (Saale) erklärt die Bereitschaft zum modellhaften Lernen für andere und mit weiteren Kommunen.
  - 3) Der kommunale Eigenanteil der Stadt Halle (Saale) zur Finanzierung des Modellprojektes „Smart Cities“ wird nach einer Bewilligung des Bundesprogramms in den künftigen Haushaltsjahren gesichert und muss zuvor im Einzelfall von der Kommunalaufsicht genehmigt werden. Die Finanzierung des Eigenanteils wird für die Förderprojekte anteilig von der Stadtwerke Halle GmbH bzw. deren Tochterunternehmen übernommen, für die diese federführend zuständig sind.
  - 4) Die zu entwickelnde „Smart City“-Strategie wird sich auf einzelne Stadtquartiere beziehen, insbesondere den halleschen Osten als stadträumlichen Startpunkt. Die modellhafte Umsetzung der Einzelmaßnahmen im Quartier kann im Projektverlauf auf die gesamte Stadt ausgeweitet werden und soll darüber hinaus in die Europäische Metropolregion Mitteldeutschland wirken.
  - 5) Im Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft, Stadtentwicklung und Digitalisierung wird regelmäßig über den Verfahrensstand zur „Smart City“-Strategie-Erarbeitung berichtet.

**zu 4.2 Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie  
Vorlage: VII/2021/02383**

---

**Frau Ernst** brachte die Vorlage der Verwaltung ein und begründete diese.

**Herr Heinrich** begrüßte die Maßnahme und warb um Zustimmung.

**Herr Schaper** machte darauf aufmerksam, dass das Ansinnen der Beschlussvorlage aus einem Antrag seiner Fraktion aus dem Jahr 2020 resultiert.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen und **Frau Winkler** bat um Abstimmung der Vorlage.

**zu 4.2 Erlass von Sondernutzungsgebühren für Gaststättenbetriebe aufgrund von Beschränkungen in Folge der Corona-Pandemie  
Vorlage: VII/2021/02383**

---

**Abstimmungsergebnis sachkundige  
Einwohnerinnen und Einwohner:**

**einstimmig zugestimmt**

**Abstimmungsergebnis Stadträtinnen**



**und Stadträte:**

**einstimmig**

**zugestimmt**

### **Beschlussempfehlung:**

Für den Zeitraum 1. März 2021 bis 31. Oktober 2021 werden von Gaststätten keine Sondernutzungsgebühren für die Nutzung öffentlicher Flächen erhoben. Bereits bezahlte Gebühren werden den Betreibern erlassen.

#### **zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

##### **zu 5.1 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Aussetzung des Vorhabens einer weitestgehend autofreien Altstadt Vorlage: VII/2020/01867**

---

Herr Schaper vertagte den Antrag seiner Fraktion in die Ausschusssitzung im Mai.

##### **zu 5.1 Antrag der Fraktion Freie Demokraten (FDP) zur Aussetzung des Vorhabens einer weitestgehend autofreien Altstadt Vorlage: VII/2020/01867**

---

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

### **Beschlussvorschlag:**

Die Umsetzung des Beschlusses des Stadtrats zur Entwicklung einer autofreien Altstadt (VII/2019/00276) wird vorläufig ausgesetzt und angesichts der veränderten Rahmenbedingungen der Covid 19-Pandemie durch den Stadtrat erneut geprüft. Eine Folgeabschätzung ist unter Beachtung der erschwerten Situation für Einzelhandel, Handwerk, Praxen und andere betroffene Gewerbetreibende in der Altstadt erneut vorzunehmen. Augenmerk soll dabei besonders auf die drohenden - noch weitreichenderen - Steuerausfälle gelegt werden.

##### **zu 5.2 Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben Vorlage: VII/2021/02262**

---

Frau Jacobi brachte den Antrag ihrer Fraktion ein und begründete diesen.

Herr Steinke begrüßte das Anliegen des Antrags. Er bat um genauere Informationen zur angedachten Personalstelle.

Frau Jacobi sagte, dass verschiedenen Varianten für eine Personalstelle möglich wären. Die Personalstelle könnte auf Honorarbasis (Vgl. Mannheim) agieren oder als eine Halbtagsstelle, die zu 2/3 durch die Kommune und zu 1/3 durch die Kulturwirtschaft finanziert wird (Vgl. Osnabrück), ausgeschrieben werden. Wichtig wäre, dass die Personalstelle auf ein Sachbudget, zur Vernetzung und Förderung des Nachtlebens, zugreifen kann. Die Stelle sollte jemand besetzen, der aus der Kulturszene kommt und bereits gut vernetzt ist.

Herr Heinrich merkte an, dass es eine solche Personalstelle aufgrund der derzeitigen Pandemie nicht bedarf und dass erwachsene Menschen keine Betreuung brauchen.

**Herr Schaper** sagte, dass der Antrag nur einseitig, bezüglich der Studierenden, beleuchtet wird. Er fragte, ob der Bedarf einer solchen Personalstelle durch die hallesche Kulturszene Zustimmung findet. Seiner Meinung nach sind zu viele Fragen offen.

**Frau Jacobi** sagte, dass Studierende als Beispiel aufgeführt wurde. Des Weiteren merkte sie an, dass die Personalstelle geschaffen werden soll, um nach der Pandemie das Nachtleben schnellstmöglich wiederzubeleben. Sie hatte bereits einige Gespräche mit Leuten aus der Kulturszene, die das Anliegen befürworten. Die Personalstelle soll in erster Linie zur Unterstützung der Kulturtreibenden dienen. Zudem betrifft das auch Jugendliche die ihre ersten Schritte im Nachleben machen und da durchaus Betreuung wünschen.

**Herr Helmich** begrüßte den Antrag und wird diesem auch zustimmen.

**Frau Thomann** sagte, dass das Thema anhand der Vorkommnisse am August-Bebel-Platz bereits diskutiert wurde und die Thematik Ordnung und Sicherheit im Antrag zu wenig Beachtung findet. Ihrer Meinung nach gibt es zu viele Unklarheiten, sodass der Antrag nicht abstimmungsreif ist. Daher müsste ein längerer Diskussionsprozess vorgeschaltet werden. Sie plädierte für eine Vertagung des Antrags.

**Herr Dehn** sagte, dass der Charme darin liegt, dass keine fertige Stellenausschreibung formuliert, sondern die Verwaltung beauftragt wird, einen praktikablen Vorschlag zum Thema zu unterbreiten. Im Hinblick auf die Zeit nach der Pandemie und zur sozialen Förderung der Kulturlandschaft sollte durch die Stadtverwaltung ein Konzept erarbeitet werden.

**Frau Jacobi** wies darauf hin, dass eine Etablierung einer solchen Stelle im Programm der Grünen zur Stadtratswahl 2019 inbegriffen war. Sie vertagte den Antrag in den April und bat um eine Erhebung, welche Bedeutung das Nachtleben als Standort- und Wirtschaftsfaktor für die Stadt Halle (Saale) hat.

**Frau Ernst** sicherte erste Informationen zur Diskussionsgrundlage im April 2021 zu.

**zu 5.2      Antrag der Fraktion MitBürger & Die PARTEI zur Einrichtung einer Koordinierungsstelle Nachtleben**  
**Vorlage: VII/2021/02262**

---

**Abstimmungsergebnis:**                      **vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt eine Koordinierungsstelle Nachtleben bzw. eine Stelle Fachbeauftragte\*r für Nachtkultur einzurichten. Mit dem Schwerpunkt Nachtkultur fungiert diese Stelle als Mediatorin und Multiplikatorin zwischen Nachtschwärmenden, Anwohnenden, Clubbetreibenden, Gastronomie und Stadtverwaltung. Im besonderen Wissen um die Strukturen und sozialen Netzwerke der halleschen Clubszene, soll diese Stelle besonders dem Erhalt, Förderung und Wiederbelebung von Standorten der Nachtkultur nach der Pandemie verpflichtet sein. Sie soll die Potenziale der Stadt eruieren, Synergien schaffen und dazu beitragen, das Miteinander zu stärken.

Folgende Aufgabenschwerpunkte soll diese Stelle erfüllen:

- konzeptionelle Arbeit für ein sichereres Nachtleben
- Beratung und Standortentwicklung
- Vernetzung von Club-, Subkultur- und Kreativszene sowie Gastronomie und Veranstaltungsbranche

- Schnittstellenarbeit zwischen der Nachtkultur, der Stadtverwaltung und dem Stadtrat
- Koordination von Prozessen, die die Club- und Livemusikspielstätten sowie die Nachtkultur betreffen (Verdrängungs- und Schließungskonflikte, Standortveränderungen, neue Standorte)
- zentrale Ansprechperson für die Akteure\*innen der Nachtkultur (insbesondere Clubs und Livemusikspielstätten, nachtkultureller Veranstalter\*innen sowie Open-Air-Kollektive)
- Lotsenfunktion sowie Interessensvermittlung zwischen nachtkulturellen Veranstaltern\*innen, Ordnungsbehörden und Stadtverwaltung

## zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

## zu 7 Mitteilungen

---

### zu 7.1 Online-Markt Halle (Saale) – aktueller Sachstand

---

**Herr Ungefroren** informierte anhand einer Präsentation über den Online-Marktplatz.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Frau Rohrbach** fragte, wie viele Weihnachtsgutscheine bereits eingelöst wurden.

**Herr Ungefroren** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

**Herr Schaper** fragte, wie das Feedback der Händlerinnen und Händler ist und ob das Suchmaschinenmarketing durch die Stadtverwaltung erfolgt.

**Herr Ungefroren** antwortete, dass die technische Betreuung durch ein externes Unternehmen erfolgt. Er teilte mit, dass nach wie vor Interesse durch die Gewerbetreibenden besteht, ihre Dienstleistung über diese Plattform anzubieten.

**Herr Schied** gab zu bedenken, dass die Teilnahme von 11 Geschäften nicht besonders erfolgreich ist. Er fragte nach der Sinnhaftigkeit des Projektes, da nur eine geringe Anzahl der Abnehmer über diese Plattform generiert werden kann.

**Herr Ungefroren** sagte, dass mit diesem Projekt die Händlerinnen und Händler unterstützt werden sollen, die auf dem Gebiet E-Commerce und Online-Handel noch keine Erfahrungen haben. Die bisherigen Ergebnisse des Projektes sind zufriedenstellend.

**Herr Schaper** empfahl das Projekt zu beenden und die Gewerbetreibenden eher darin zu unterstützen, wie diese ihre Produkte oder Dienstleistungen auf großen Plattformen wie Amazon oder eBay anbieten können.

**Frau Rohrbach** befürwortete das Projekt der Wirtschaftsförderung und gab zu bedenken, dass es sich um kleine Einzelhändler handelt, die mitunter keinerlei Erfahrungen im Bereich des Online-Handels haben. Die derzeitige Stagnation des Projektes liegt ihrer Meinung nach auch an den sehr zögerlichen Händlern.

**Herr Schied** sagte, dass der Eindruck vermittelt wird, dass es sich um eine Lernplattform handelt. Er äußerte seinen Unmut über die Aussage von Frau Rohrbach bezüglich zögerlicher Händler. Er regte die Förderungen von Schulungen zum Online-Handel für Händlerinnen und Händler an.

**Herr Dehn** befürwortete die Idee eines zusätzlichen Vermarktungswegs für die halleschen Händlerinnen und Händler. Er gab zu bedenken, dass Konsumenten zuerst die großen Plattformen durchsuchen und daher eine Vermarktung auf diesen sinnvoller ist und diese auch gefördert werden sollte.

**Herr Moser** fragte, weshalb auf keinen lokalen Anbieter zurückgegriffen wurde.

**Herr Ungefroren** antwortete, dass eine objektive Entscheidung aufgrund des Leistungsangebotes getroffen wurde.

**Frau Rohrbach** regte einen Austausch zwischen dem zuständigen Mitarbeiter der Stadtverwaltung und interessierten Stadträtinnen und Stadträten und auch sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner an.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 7.2 Wohncampus Halle/Saale – Projektvorstellung**

---

*In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Däschler und Herrn Schallert das Rederecht erteilt.*

**Herr Däschler** informierte anhand einer Präsentation das Projekt Wohncampus Halle/Saale.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Schleyer** fragte, wie die Wohnungen vermarktet werden und wie hoch der Anteil an Sozialwohnungen sein wird.

**Herr Schallert** antwortete, dass die Wohnungen erst verkauft und dann durch die neuen Eigentümer vermietet werden. Sozialwohnung wird es nicht geben.

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 7.3 Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH – Umsetzung des Tourismuskonzeptes**

---

*In Abstimmung mit den Ausschussmitgliedern wurde für Herrn Lange das Rederecht erteilt.*

**Herr Lange** informierte anhand einer Präsentation über die Umsetzung des Tourismuskonzeptes.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

Die Information wurde zur Kenntnis genommen.

## **zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen**

---

### **zu 8.1 Herr Neumann zu Gaststättenbetrieben**

---

**Herr Neumann** bezog sich auf den Paragraphen 8 des Gaststättengesetzes und fragte, wie die Stadt damit umgeht.

**Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** antwortete, dass die Stadtverwaltung im regelmäßigen Kontakt mit den Gastwirten steht. Er bedankte sich für den Hinweis und sicherte eine Thematisierung bei der nächsten Unterredung zu. Des Weiteren wird dieses Gesetz aufgrund der Pandemie in Halle (Saale) nicht zum Einsatz kommen.

### **zu 8.2 Herr Heinemann zu touristischen Stadtführungen**

---

**Herr Heinemann** sagte, dass die Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH 35 thematische Stadtführungen anbietet. Er bat um eine Auflistung, wie stark diese im Jahr 2019 nachgefragt wurden.

**Frau Ernst** sicherte eine Thematisierung der unterschiedlichen Stadtführungen in der kommenden Ausschusssitzung zu.

### **zu 8.3 Herr Heinemann zur Erhebung vitaler Innenstädte**

---

**Herr Heinemann** fragte, ob die Stadtverwaltung plant, an der Erhebung vitaler Innenstädte teilzunehmen.

**Frau Ernst** sicherte eine schriftliche Beantwortung zu.

## **zu 9 Anregungen**

---

Es gab keine Anregungen.

**Frau Winkler** beendete den öffentlichen Teil der Ausschusssitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

---

Yvonne Winkler  
Ausschussvorsitzende

---

Sarah Lange  
Protokollführerin